

# perspektiven 5

Rundbrief der LOBBI / Herbst 2009

Im Real-Life schlimmer – Nazis im Internet **Fackeln statt Flash** Opferfonds Cura Holocaust geleugnet und **Touristen verprügelt** Kritische Berichterstattung im Visier **Schiedsrichter mag Hooligans** Angriff zum Feierabend **Open Air und dicke Luft**

110001010111001010010101001010  
010101010101111101000000110100  
001001000001001001001010010100  
001 88 1111000100010001000100101  
001010101111100000011101000011  
001111110000001100010101110010  
100101010010100101010101011111  
01000000110100100100000011 88 100  
100101001010011111100010001000  
100010010100101010111110000001  
110100001100111111000000000101  
0111001010010 88 101001010010101  
010101111101000000110100001001  
000001010001000100010010100101

## Liebe Leserin, lieber Leser,

### Angriff zum Feierabend

„Nazis rein!“ dachten sich wieder zehntausende Menschen in Mecklenburg-Vorpommern beim sonntäglichen Spaziergang zum Wahllokal. Seit dem 07. Juni besetzen Rechtsradikale mindestens 62 Sitze in Kreistagen, Stadt- und Gemeindevertretungen.

Gewählt wurden Personen, die wegen Körperverletzung, Landfriedensbruch, Volksverhetzung oder Sprengstoffbesitz verurteilt sind. Gewählt wurden Personen, die in den mittlerweile verbotenen Neonaziorganisationen MECKLENBURGISCHE AKTIONSFREONT und HEIMATREUE DEUTSCHE JUGEND mitgearbeitet haben. Auch wenn die NPD ihr Ergebnis von den Landtagswahlen nicht wiederholen konnte, ist dies ein weiterer erfolgreicher Schritt im „Kampf um die Parlamente“. Aber es ist vor allem ein Erfolg im „Kampf um die Köpfe“. Gewählt wurden die Personen ganz offensichtlich nicht TROTZ, sondern WEGEN ihrer rassistischen, antisemitischen, sexistischen, revanchistischen und gewaltbereiten Politik.

Und nicht zuletzt ist das Wahlergebnis auch ein Erfolg im „Kampf um die Strasse“. Wenn Täter und ihre Stichwortgeber mit Mandaten und parlamentarischer Zusammenarbeit „belohnt“ werden, ist dies auch ein deutliches Signal an die Betroffenen rechter Gewalt im Land.

Diesen Wählern und Wählerinnen mit Verständnis zu begegnen oder die gewählten Neonazis nicht auszugrenzen, fördert die schleichende Akzeptanz des Inakzeptablen.

Impressum:  
PERSPEKTIVEN / September 2009  
Hrsg.: LOBBI e.V. / Tilly Schanzen Str. 2  
17033 Neubrandenburg / 0395 455 07 18  
mail@lobbi-mv.de / V.i.S.d.P.: Kay Bolick

Bitte informieren Sie uns, wenn Sie den Rundbrief [nicht mehr] regelmäßig oder per Mail erhalten wollen.

Als Herr Y. am frühen Morgen des 1. November 2008 den „Pub No. 1“ in Krakow am See schließen will, kann er noch nicht ahnen, was ihm bevorsteht. Die angetrunkenen Jugendlichen, die in diesem Moment die Kneipe betreten, sorgen jedoch sofort für ein ungutes Gefühl. Einige kennt er persönlich, anderen kann er ansehen, daß sie zur örtlichen rechten Szene gehören. Lautstark fordern sie Getränke und machen dabei gleich deutlich, dass sie dafür nicht bezahlen werden. Aus Angst „spendiert“ der Wirt eine Runde und kann die Situation zunächst entschärfen. Als zwei der vier im Pub verbliebenen Jugendlichen gehen, hofft Herr Y. bald nach Hause zu können. Doch er irrt, die beiden vorbestraften rechten Schläger Sebastian P. und Christian D. haben nicht vor zu gehen. Statt dessen pöbeln sie ihn mit Sprüchen wie: „Das ist unsere Heimat – haut ab hier!“ voll und beschimpfen ihn als „Scheiß Türken“. Der verängstigte Wirt versucht die beiden zu beruhigen. Ohne Erfolg: Er wird geschubst, geschlagen und getreten. D. attackiert ihn mit einer Flasche und P. geht mit einem Messer auf ihn los. Stark blutend gelingt Herrn Y. schließlich die Flucht durch ein Fenster und er ruft die Polizei.

#### Langwieriger Prozess

Am 11. Februar beginnt der Prozess und muss gleich wieder ausgesetzt werden. Polizeibeamte hatten BesucherInnen den Zutritt verweigert und damit die gebotene Öffentlichkeit einer Gerichtsverhandlung eingeschränkt. Als der Prozess dann am 16. März erneut beginnt, erwartet kaum jemand, daß er sich über sieben Verhandlungstage hinziehen wird. Unzählige Zeugen werden gehört, ein Sachverständiger hinzugezogen, Beweissicherungsvideos gesichtet und ein Vororttermin angesetzt. All dies wird nötig, weil die Verteidiger dem Gericht ernsthaft vermitteln wollen, ihre Mandanten seien unschuldig. Daher haben sie es vor allem auf die Glaubwürdigkeit des Betroffenen abgesehen. Herr Y., der im Prozess auch als Nebenkläger auftritt, muss viermal vor Gericht erscheinen und wird insgesamt über 12 Stunden als Zeuge vernommen. Der traumatisierte Gastwirt muss dabei nicht nur die Anwesenheit seiner Peiniger ertragen, sondern sich auch unzählige Unterstellungen gefallen lassen. Er habe sich die Verletzungen selbst zugefügt und die Spuren am Tatort ebenfalls selbst gelegt, so eine häufig wiederholte Behauptung. Es sind vor allem der Nebenklagevertreter und der Staatsanwalt, die auf die schlimmsten Tiraden der Verteidiger reagieren.

#### „Mein Mandant isst gerne ausländisch.“

Die Anwälte unternehmen im Prozess den hilflos wirkenden Versuch, die rechte Einstellung ihrer Mandanten abzustreiten. Sein Mandant könne nicht ausländerfeindlich sein, da sein Stiefvater, mit dem er sich bestens verstehe, aus Albanien stamme und er ausgesprochen gerne „ausländisch esse“, so die Argumentation eines Verteidigers. Die Fakten sprechen jedoch eine andere Sprache. So weist die Richterin darauf hin, daß Sebastian P. bereits dreimal wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verurteilt ist und der Staatsanwalt legt als Ergänzung einen Schlüsselanhänger mit Hakenkreuz aus dem Besitz von P. vor. Außerdem präsentiert er ein Foto, auf dem Christian D. als Teilnehmer eines Naziaufmarsches im Jahr 2008 zu sehen ist. Am 27. April kommt es dann schließlich zum Urteil und die Strafe fällt hoch aus. Die beiden Rechten werden zu Haftstrafen von 2 Jahren und einem Monat verurteilt. In ihrer Begründung spart die Richterin jedoch an deutlichen Worten. Die „innere Einstellung der Angeklagten habe möglicherweise eine Rolle gespielt“, so die vorsichtige Umschreibung eines brutalen rassistischen Angriffs. Der Betroffene nimmt die Verurteilung erleichtert auf. Sein Leben hat sich dennoch grundlegend verändert. Da ihm ein angstfreies Leben vor Ort nicht mehr möglich ist, hat er das Bundesland verlassen. ■

## Touristen verprügelt und Holocaust geleugnet

Wegen Körperverletzung und Volksverhetzung hat das Amtsgericht Pasewalk am 21. Juli vier junge Männer aus dem Uecker-Randow-Kreis zu Freiheitsstrafen zwischen 8 und 20 Monaten verurteilt. Die Strafen wurden zur Bewährung ausgesetzt.

Fast genau ein Jahr zuvor grölten die Angeklagten rechtsradikale Parolen auf dem Campingplatz Ückeritz auf Usedom. Unter anderem sangen sie nach der Melodie der „Vogelhochzeit“ Textzeilen wie „In Buchenwald, in Buchenwald, da machen wir die Juden kalt“ und „In Majdanek, in Majdanek, da machen wir aus Juden Speck“. Berliner Jugendliche, die in der Nähe zelteten und dies hörten, stellten die vorpommersche Gruppe daraufhin zur Rede. Die Rechten leugneten, dass in der Zeit des Nationalsozialismus überhaupt „Drecksjuden“ ermordet wurden. Nachdem einer der Täter einen Countdown herunter zählte, schlugen die Angeklagten auf die Urlauber ein und verletzten drei von ihnen.

Eine weitere Berliner Campergruppe wurde von den gleichen Tätern umstellt und angepöbelt, dass sie „nicht arisch“ wären, weil sie eine arabische Wasserpfeife bei sich hatten. Außerdem forderten sie von einem Jugendlichen, die englischsprachige Musik, die er vom Handy abspielte, zu löschen. Als er sich weigerte, schlugen die Täter ihn nieder und traten auf ihn ein.

Die Täter zeigten vor Gericht keinerlei Reue. Das Gericht erhöhte mit seinem Urteil das von der Staatsanwaltschaft geforderte Strafmaß. Zwei Angeklagte müssen zusätzlich gemeinnützige Arbeit leisten und einen Aufsatz über „Rechte Gewalt in der BRD“ schreiben. Die zwei anderen Verurteilten wurden beauftragt, bis zu 1.200,- Euro für den Geschichtsunterricht an den Förderverein des deutsch-polnischen Gymnasiums zu zahlen. Die angegriffenen Jugendlichen gaben während ihrer Zeugenaussagen an, künftig keinen Urlaub mehr in dieser Region zu verbringen. Richter Burgdorf-Bressem würdigte die Zivilcourage der jungen Leute und wies die Angeklagten auf die verheerende Wirkung der Taten auf Touristen und die jüdische Bevölkerung hin. ■

## Strafen nach Attacken auf Schüler

Weil sie einen alternativen Jugendlichen in Boizenburg angegriffen hatten, wurden am 04. August zwei Rechte zu Haftstrafen verurteilt. Am 25. April 2008 schlugen die beiden zur Tatzeit 20 und 24 Jahre alten Angeklagten vor dem Schulzentrum auf den 16-Jährigen ein. Gegen den jüngeren Täter wurden 6 Monate Freiheitsstrafe auf Bewährung verhängt. Der zweite Angeklagte wurde zu einem Jahr Haft verurteilt. Diese Strafe wurde nicht zur Bewährung ausgesetzt, weil er sich bereits wegen anderer Delikte in einer Bewährungszeit befand. Der angegriffene Schüler zeigte sich zufrieden mit dem Urteil. Er hofft, dass dies ein Signal an andere Betroffene ist, sich nicht einschüchtern zu lassen und rechte Übergriffe anzuzeigen. ■

Das Amtsgericht Demmin verhängte am 25. August eine Freiheitsstrafe von einem Jahr und 4 Monaten gegen einen Rechten aus dem Umfeld der KAMERADSCHAFT MALCHIN. Die Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt. Hintergrund war ein Angriff vor dem Stadthaus Malchin am 29. November 2008. Der Angeklagte schlug einem alternativen Jugendlichen zweimal mit einer Metallstange auf den Kopf. Das Opfer erlitt dabei ein Schädel-Hirn-Trauma. Schwerere Schädelverletzungen wurden offenbar nur durch die Kopfbedeckung und die Hände des Jugendlichen, die er sich schützend über den Kopf hielt, verhindert. Gegenüber der LOBBI äußerte der Betroffene die Hoffnung, dass die Androhung einer Haftstrafe weitere Angriffe des Verurteilten verhindere. Das Urteil müsse aber auch dazu führen, dass sich in Malchin größere Kreise mit rechter Gewalt und den Neonazi-Strukturen im Ort auseinandersetzen. ■

Neubrandenburg / 08. März 2009

In den frühen Morgenstunden wird in der Oststadt ein 21-Jähriger von zwei Rechten als „Scheiß Punker“ beschimpft. Einer der Täter schlägt ihm mit einer gefüllten Bierflasche auf den Kopf. Im weiteren Verlauf treten beide auf ihr Opfer ein und rauben ihm Handy und Laptop. Auf Grund der Schwere der Verletzungen muss der Mann im Klinikum behandelt werden. Die 17 und 21 Jahre alten und vorbestraften Täter können wenig später festgenommen werden und sind bereits zu Freiheitsstrafen verurteilt worden.

Wittenburg / 27. März 2009

In der Kleinstadt wird ein Pärchen wegen seines Punkoutfits von einer größeren Gruppe Rechter beschimpft und gejagt. Die junge Frau kann fliehen und Hilfe rufen. Gemeinsam mit der Polizei sucht sie ihren Freund und findet ihn bewusstlos vor. Er kann den Tatablauf nicht mehr wiedergeben und wird mit zahlreichen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht. Am gleichen Abend wird in der Stadt ein weiterer Punk von mehreren Rechten als „Scheiß Zecke“ beschimpft und zusammengeschlagen. Er trägt diverse Verletzungen am Kopf davon und muss sich ebenfalls ärztlich behandeln lassen.

Rostock / 28. März 2009

Eine Gruppe von ca. 20 Rechten aus Rostock und Güstrow, die vermutlich am gleichen Tag an einem Aufmarsch in Lübeck teilgenommen hat, überfällt eine Party von alternativen Jugendlichen in einer Lagerhalle am Werftdreieck. Sie schlagen und treten mehrere Personen und setzen nach Augenzeugenberichten auch CS-Gas und Teleskopschlagstöcke ein. Die alarmierte Polizei nimmt sechs Tatverdächtige fest und ermittelt wegen schweren Landfriedensbruchs.

## Open Air und dicke Luft in Boizenburg

Boizenburg / 04. April 2009

Ein linker Jugendlicher wird am Bahnhof von vier Rechten beschimpft und bedroht. Er kann zunächst fliehen. Als er zum Bahnhof zurückkehrt, wird er von acht Rechten gejagt. Sie holen ihn ein, schlagen seinen Kopf gegen eine Mauer und ihm mehrfach ins Gesicht. Er muss sich wegen seiner Verletzungen ambulant im Krankenhaus behandeln lassen. Eine junge Frau, die vor dem Krankenhaus auf ihn wartet, wird von Rechten mit Steinen beworfen, die sie nur knapp verfehlen. Die Betroffene geht davon aus, dass es sich um die Täter vom Bahnhof handelt.

Güstrow / 16. April 2009

Sieben verummte Rechte greifen einen Jugendclub an, in dem sich auch alternative Jugendliche treffen. Sie schlagen auf die Mitglieder einer dort probenden Metalband mit Teleskopschlagstöcken ein und verletzen dabei vier Personen, die sich teilweise in stationäre Behandlung begeben müssen. Außerdem werfen sie leere und mit Bitumen gefüllte Flaschen und zerstören mehrere Computer und anderes Inventar. Mitarbeiter des Clubs gehen von einer geplanten Tat aus und sprechen u.a. von einem Fluchtwagen mit gefälschten Nummernschildern.

Wittenberge / 01. Mai 2009

Eine Gruppe von etwa 60 Rechten trifft sich in der brandenburgischen Kleinstadt zu einem spontanen Aufmarsch. Unter ihnen befinden sich auch etliche Personen aus dem Raum Boizenburg / Wittenburg. Als die anwesende Polizei den Aufmarsch der verummten Rechten unterbinden will, wird sie massiv attackiert. Vier Beamte werden verletzt, einer von ihnen erleidet einen vierfachen Unterkieferbruch.

**Als einige Jugendliche aus der Kleinstadt im Landkreis Ludwigslust damit begannen, das Festival „Tinnitus statt Faschismus“ zu organisieren, wollten sie vor allem ein Zeichen gegen die aggressive rechte Szene vor Ort setzen. Dass die Neonazis alles tun würden, um ein solches Konzert zu verhindern, hatten sie erwartet. Womit sie nicht rechneten, waren die anderen Reaktionen.**

Schon Ende 2008 begannen die Planungen für das erste antifaschistische Konzert in der Stadt. Die Jugendlichen schrieben ein Konzept und suchten den Kontakt zu Stadtverwaltung und engagierten BürgerInnen. Zunächst erfuhren sie viel Unterstützung: der Kinoclub übernahm die Anmeldung, der Bürgermeister fungierte als Schirmherr, erste Sponsoren sagten ihre Hilfe zu und ein möglicher Veranstaltungsort wurde gefunden.

Als die OrganisatorInnen dann begannen, das Konzert öffentlich zu bewerben, regte sich erwartungsgemäß die örtliche rechte Szene. Im Internet drohten Neonazis, dass sie den „kleinen Rotfaschisten nicht tatenlos zusehen“ werden und verteilten massenhaft Flugblätter. Deren Inhalt: „gewaltbereite und kriminelle Jugendliche“ würden sich treffen, von denen „regelrechte Gewaltausbrüche, sinnlose Zerstörung von Privateigentum und schwere Körperverletzungen“ zu erwarten seien. Den EinwohnerInnen wurde geraten, sich in den Häusern zu verbarrikadieren und gegen das geplante Konzert aktiv zu werden.

Und tatsächlich setzte zur gleichen Zeit Protest von BürgerInnen ein. Unterschriften gegen das Konzert wurden gesammelt. In einem äußerst tendenziösen Zeitungsartikel fragte sich eine Anwohnerin „...wer schützt das Eigentum und Anwohner vor Gewalt?“ Gleichzeitig drohte sie der Stadt mit einer Anfechtungsklage, sollte das Konzert am geplanten Ort stattfinden.

Auch nachdem die Veranstaltung zum dritten Mal und nun an den Stadtrand verlegt wurde, beruhigten sich die Gemüter nicht. So wurde etwa dem Bürgermeister unterstellt: „Was er damit für einen Schaden anrichtet, das ist auf keinen Fall absehbar.“ Diese Art der Panikmache setzte sich trotz enormer Sicherheitsauflagen für das Konzert und angekündigter massiver Polizeipräsenz bis zum 18. Juli, dem Veranstaltungstag, fort und hatte teilweise groteske Folgen. So wurde ein in der Nähe geplantes Angeln für Kinder wegen Sicherheitsbedenken abgesagt und mindestens zwei Gewerbetreibende verbarrikadierten ihre Geschäfte.

Fast schon erstaunlich in dieser von Angst und Vorurteilen geprägten Atmosphäre war schließlich die Zahl von 150 BesucherInnen. Sie konnten nicht nur Livemusik erleben, sondern sich auch an diversen Ständen informieren. Und was für viele der jugendlichen Gäste sicher ebenso wichtig war: Sie konnten sich angstfrei mit Freunden und Freundinnen treffen und gemeinsam feiern.

Leider nutzten wenige BoizenburgerInnen die Gelegenheit neue Eindrücke zu gewinnen und ihre Vorurteile abzubauen. Sie wären von den feiernden Jugendlichen, die wohl gar nicht ihrem Bild von „gewaltbereiten Extremisten“ entsprochen hätten, sicher ebenso überrascht gewesen, wie von der professionellen Durchführung der ehrenamtlich organisierten Veranstaltung. Möglicherweise wären sie an einem der Infostände auch ins Grübeln gekommen, ob es richtig war zu behaupten, „daß die Stadt kein rechtsextrêmes Problem hat“ und ob sie ihre Argumente wirklich mit Personen teilen möchten, die auf ihren Flugblättern „Nationaler Sozialismus jetzt!“ fordern. ■

## Kritische Berichterstattung im Visier

**Den Recherchen von FachjournalistInnen und Lokalredaktionen kommen bei der Analyse von neuen Entwicklungen in der rechten Szene besondere Bedeutung zu. Neonazis scheuen in vielen Fällen das Licht der Öffentlichkeit, um ihre nationalsozialistische Graswurzelarbeit ungestört fortführen zu können. Deshalb gehören Medien zum erklärten Feindbild der rechten Szene. „Die Presse lügt!“ steht auf Schildern oder Transparenten bei Aufmärschen – es kommt aber auch hin und wieder zu Übergriffen. Neonazis aus dem Uecker-Randow-Kreis haben jetzt auch einzelne Journalisten im Visier.**

Peter Huth ist Journalist, schreibt für TAZ und Tagesspiegel. Außerdem unterhält er das Info-Portal GEGENREDE mit Nachrichten über die rechte Szene im brandenburgischen Landkreis Uckermark, der im äußersten Nordosten an Mecklenburg-Vorpommern grenzt. Am 18. August ist er in seinem Heimatort unterwegs, als sich ihm auf offener Straße ein glatzköpfiger Mann in den Weg stellt. Worte wie „Judensau“, „Drecksack“ und „Wir wissen genau, wo du wohnst“ fallen – ihm wird Prügel angedroht. Den aggressiven Mann erkennt der Journalist als Dirk Bahlmann. Der Fliesenleger sitzt seit den Kommunalwahlen für die NPD in der Gemeindevertretung Löcknitz und arbeitet an diesem Tag zufällig in dem Ort. Der Grund für die bedrohliche Verbalattacke war wohl weniger zufällig. Bahlmann reagierte auf die, ihm offenbar unangenehme, Berichterstattung des Journalisten über antipolnische Propaganda im NPD-Kommunalwahlkampf. Schon damals bezeichnete der NPD-Mann die anwesenden Journalisten vor laufenden Kameras als „Judenhaufen“. Nun wollte der rechte Gemeindevertreter, der die Vorwürfe bestreitet, scheinbar Peter Huth persönlich unter Druck setzen.

Nur eine Woche nach diesem Vorfall tauchen in Uecker-Randow Flugblätter auf, die vermutlich ebenfalls aus der rechten Ecke stammen. Diesmal ist ein Journalist des Nordkuriers das Ziel von Unterstellungen. Hintergrund ist die Berichterstattung der Pasewalker Redaktion der Zeitung über einen „Pferdemarkt“ vom Verein SPORT UND KULTUR WIESE E.V. in Viereck. Nachdem bekannt wurde, dass zumindest bei einzelnen Mitgliedern des Vereins Verbindungen zur rechten Szene bestehen, sagten Sponsoren und Unterstützer ihre Teilnahme an der Veranstaltung ab. Auch die Polizei bestätigte Kontakte zur KAMERADSCHAFT BORKEN und zur NPD.

Betroffene Journalisten und Journalistinnen wehren sich gegen rechte Einschüchterungsversuche. Am 08. Juli scheiterte NPD-Funktionär Andreas Theißen vor dem Schweriner Landgericht mit seiner Berufung gegen eine Verurteilung wegen fahrlässiger Körperverletzung und Nötigung. Er hatte am Abend der Landtagswahl einen Kameramann des NDR bedrängt und verletzt. Die Gerichtsverhandlung gegen einen anderen Mecklenburger Neonazi aus dem Umfeld der mittlerweile verbotenen HEIMATREUEN DEUTSCHEN JUGEND steht dagegen noch aus. Der Doberaner soll im November 2006 an der Attacke auf die Journalistin Andrea Röpke im brandenburgischen Blankenfelde beteiligt gewesen sein.

Auch Peter Huth und der Nordkurier haben wegen der Vorfälle Strafanzeigen gestellt. Doch darf es nicht allein beim rechtlichen Vorgehen bleiben. Um gerade im ländlichen Raum den MedienvertreterInnen den nötigen Rückhalt für die schwierigen Recherchen über die rechte Szene zu geben, ist mehr nötig. Nicht nur die Arbeitgeber und LeserInnen, ebenso die politischen FunktionsträgerInnen sollten sich mit den Betroffenen solidarisieren. Dies gilt auch für diejenigen, die oft genug die Berichterstattungen über lokale Neonazistrukturen als Netzbeschmutzung ansehen. Die Pressefreiheit muss gerade gegenüber Neonazis verteidigt werden. ■

Rostock / 15. Mai 2009

In einer Diskothek wird ein Asylbewerber aus dem Irak von einem Rechten rassistisch beschimpft und dann unvermittelt angegriffen. Der Angreifer schlägt dem Mann mit einem Schlagstock auf den Kopf. Als der Betroffene daraufhin zu Boden geht, erhält er mehrere Tritte gegen den Oberkörper.

Wismar / 31. Mai 2009

Am Bahnhof der Stadt wird ein palästinensischer Mann von einem Rechten rassistisch beschimpft und bedroht. Der gleiche Täter hatte den Mann und dessen Familie bereits im Mai 2008 bedrängt. Damals hatte er dem Betroffenen im Beisein seiner kleinen Kinder mit einem Schlagstock bedroht und den „Hitlergruß“ gezeigt. Dafür war er im September vergangenen Jahres zu einer Jugendstrafe verurteilt worden.

Kühlungsborn / 04. August 2009

Eine Urlaubergruppe von zehn Mädchen und zwei Jungen aus dem Berliner Bezirk Neukölln wird auf einer Strandparty von ca. 15 Rechten angepöbelt. Die Männer tragen T-Shirts mit Aufdrucken wie: „1945 war nicht das Ende der Schlacht. Wir werden siegen“. Sie skandieren „White Power“ Parolen und bedrängen die Jugendlichen mit Sprüchen wie: „Haut ab hier, dann ist der Strand wieder weiß“. Die Betroffenen sind besonders schockiert, dass niemand der etwa 150 anderen Partygäste ihnen beisteht und flüchten vom Strand.

Teterow / 13. August 2009

Das Wohnhaus des Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Teterow wird erneut Ziel einer Farbattacke. Unbekannte werfen Farbbomben gegen das Einfamilienhaus. Der Betroffene ging bereits bei einer ähnlichen Attacke im Januar von einem rechten Hintergrund der Tat aus.

## Im Real-Life schlimmer

Szene(n)wechsel in Wismar?

Die rechte Szene von Wismar wurde bislang mit den Treffpunkten WOLFSHÖHLE und WERWOLFSHOP assoziiert. Nun scheinen weitere Neonazis die Hansestadt als Aktionsfeld zu entdecken. So provozierten Rechte in Clownskostümen bei einem Demokratiefest im Mai mit einem Transparent „Willkommen in Multikultopia“. Zu der Gruppe gehörten NPD-Aktivistinnen und Ex-Mitglieder der verbotenen HEIMATFREIEN DEUTSCHEN JUGEND (HDJ). Dazu zählten der Rostocker David Petereit, Sven Krüger aus Jarmeln und der Greifswalder Ragnar Dam. Die örtlichen Strukturen waren mit NPDler Tino Streif und dem zugezogenen Alf Börm vertreten. Börm war HDJ Führer in Niedersachsen.

Fackeln statt Flash

Weitgehend ohne Echo bei der Zielgruppe, aber unter großem Medieninteresse, wurde im Internet anlässlich des Todestages von Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß bundesweit zu sogenannten „Flash-Mobs“ aufgerufen. In Stralsund gab es möglicherweise einen solchen Versuch. Zumindest tauchten am 17. August neun Neonazis mit dem NPDler Dirk Arendt zum angekündigten Termin auf - aber auch einige GegendemonstrantInnen und so blieben Aktionen aus. Ansonsten sind der Neonaziszene in Mecklenburg-Vorpommern Anglizismen wie „Flash-Mob“ allerdings ein Gräuel, geschweige denn kündigt sie derartige Aktionen öffentlich an. Hierzulande werden die Ehrerbietungen für den Kriegsverbrecher traditionell konspirativ vorbereitet und zeigen auch einen größeren Mobilisierungserfolg. Mit über 200 TeilnehmerInnen fand der deutschlandweit größte Heß-Marsch am 15. August in Friedland statt. Etwa 30 Minuten zogen die Neonazis unter Trommelschlägen und Parolen mit Fackeln durch die nächtlichen Straßen der Kleinstadt in Mecklenburg-

**Die steigende Anzahl von Internetauftritten der deutschen Neonaziszene sorgte im August für ein breites Presseecho. Im Blickpunkt auch der „Missbrauch“ von sozialen Onlinenetzwerken. Dabei handelt es sich doch eher um den „Gebrauch“ eines Kommunikationsmittels. Alle nutzen dies – auch Nazis. Außerdem ist unklar, ob die gemeldeten Zahlen in diesem schnell expandierenden Medium tatsächlich eine neue Dimension rechter Propaganda darstellen. Auch qualitativ fehlt es meist an Analysen, ob und wie die rechte Internetpräsenz über die Szene hinaus Wirkung entfaltet.**

### Schwarze Sonne und Babyfoto

Die Anzahl von aktuellen Neonazi-Websites aus Mecklenburg-Vorpommern ist überschaubar<sup>1</sup>. Weit weniger offensichtlich stellen sich die Aktivitäten der rechten Szene im Dschungel des sogenannten Web 2.0 dar. Darunter fallen Communities, Blogs, Kontaktbörsen oder Videoplattformen. Im Gegensatz zu den meist statischen Websites geht es hier nicht um die Einbahnstraße zwischen Seitenbetreibern und SeitennutzerInnen, sondern um Vernetzung und Austausch der Internetuser untereinander. Ohne große Vorkenntnisse können hier Menschen am Online-Leben teilhaben und eigene Inhalte veröffentlichen. Im Bereich der sozialen Netzwerke ist in Mecklenburg-Vorpommern die Plattform NB-TOWN mit fast 120.000 persönlichen Profilen einer der größeren Anbieter. Bei NB-TOWN haben sich auch hunderte offensichtlich rechtsradikal orientierte Mitglieder aus dem ganzen Bundesland angemeldet. Diese tun zunächst einmal nur das, was auch andere tun: sich und ihre Hobbys vorstellen, Bilder von sich veröffentlichen, sich gegenseitig auf ihre Freundeslisten setzen, Einträge in Gästebüchern hinterlassen und anderen Mitgliedern Nachrichten schreiben. Dabei ist es vielen augenscheinlich sehr wichtig, ihrer Gesinnung unmissverständlich Ausdruck zu verleihen. Dies beginnt bei der Namenswahl, wie etwa bei „WeiSSer HaSS“ oder durch in der Szene übliche Zahlenkryptographie ala „14WOTAN88“. In der Rubrik „Kotzen könnte ich bei:“ tauchen regelmäßig Punks, Ausländer, Antifa und das „Scheiss System“ auf. Die eigene Profil-Seite wird in vielen Fällen mit eindeutiger Symbolik dekoriert und in den Galerien finden sich zwischen Bildern vom Haustier und dem Auto auch rechte Propaganda und Kameradschaftsbilder. „88\_Basti\_88“ wählte beispielsweise als Profildfoto ein Babybild seines Sohnes – den Hintergrund gestaltet er mit gekreuzten Pistolen und dem Spruch „Hasta la vista Antifascista“. Aber auch viele Mädchen und Frauen beziehen Stellung, wie die 19jährige „DeUtScHeStImMe“ aus Bad Sülze, die ihre Userpage mit der so genannten Schwarzen Sonne<sup>2</sup> schmückt. Die NB-TOWN User haben zudem die Möglichkeit Lobbys zu erstellen bzw. diesen beizutreten. Und so finden sich auch von rechter Seite diese Interessengemeinschaften, beispielsweise mit Titeln wie „Punks not dead aber wir arbeiten daran“, „Gedenken an Michael Müller“<sup>3</sup> oder „Freundschaftskreis“<sup>4</sup> von den NEUSTRELITZER PATRIOTEN. Die Offenheit mit der das eigene „Nazi sein“ nach außen dargestellt wird, mag dabei verwundern. Doch wird hier letztendlich nur online illustriert, was an vielen Orten im Land zum Alltag gehört.

### „bevor diese NI§§ER mich wieder kicken“

Den Anbietern solcher Communities bleibt dieser Teil ihrer Kundschaft nicht verborgen. NB-TOWN beispielsweise untersagt rechte Propaganda und entfernt entsprechende Userpages. Die Plattform bietet seinen Mitgliedern außerdem eine „Verpfeifen“-Funktion an, um problematische Profile zu melden. So sind die Seite von „88anja88“ und viele andere gesperrt. Mit mäßigem Erfolg – die Betroffenen nehmen dies entweder sportlich und geben als Hobby an: „Mich zum zehnten Mal bei NB-Town anmelden“ oder verzichten auf allzu aggressive Inhalte „bevor diese NI§§ER mich wieder kicken“.

Auf das Entfernen ihrer Profile reagiert die Szene auch mit Versuchen eigene Communities einzurichten. Unter dem Namen „VEREINT – Wir Kämpfen gemeinsam für das Land das wir Lieben“<sup>4</sup> haben sich ein paar dutzend Rechte aus Mecklenburg-Vorpommern beim Anbieter YOOCO zu einer Online-Kameradschaft zusammengeschlossen. Allerdings ist auf dieser Plattform kaum noch jemand online. Mehr als 1000 Mitglieder hat hingegen, die nach eigenen Angaben „verhassteste Online-Community“, der NS-TREFF. Werbebanner für den Rostocker Naziladen DICKKOEPP, das Geschäft NORDLICHT in Gnoien oder den POMMERSCHEN BUCHDIENST in Anklam begrüßen die Besucherinnen und Besucher der Seite. Hier muß weniger Zurückhaltung geübt werden und man kann sicher sein, nur auf Gleichgesinnte zu treffen. Diese quasi „national befreite“ Internetzone dürfte weit mehr Möglichkeiten als beispielsweise NB-TOWN für eine identitätsstiftende und vernetzende Wirkung innerhalb der rechten Szene bieten.

### Nebenan statt World Wide

Dennoch bewegt sich ein Großteil der Szene weiter in den bekannteren Social Networks, weil er nicht nur mit GesinnungsgenossInnen, sondern auch mit unpolitischen FreundInnen in Verbindung bleiben will. Insgesamt scheint es den rechten NutzerInnen also hauptsächlich um die Pflege sozialer Kontakte zu gehen. Diese sozialen Netzwerke hätten zwar theoretisch das Potential von der rechten Szene für die Unterstützung eigener Strukturen, Mobilisierung und Agitierung anderer User genutzt zu werden. Gemessen an der hohen Anzahl rechter Mitglieder, gibt es dafür aber (noch) wenige Anzeichen. Obwohl im World Wide Web unterwegs, scheinen sich die meisten User online nur mit Menschen zu „treffen“, die sie schon aus dem lokalen Freundeskreis kennen. Sicher werden linke Communitymitglieder angepöbelt, in Lobbys agitiert und es sind Einzelfälle bekannt, bei denen Neonazis den Kontakt zu anderen Mitgliedern von NB-TOWN suchen, um ins Gespräch zu kommen und für rechtsradikale Positionen zu werben. Ob dies in größerem Ausmaß geschieht, ist fraglich und der Erfolg ungewiss. Inhaltlich finden die Neonazis mit der Parole „Todesstrafe für Kinderschänder“ noch am ehesten Zuspruch, weil auch andere Teile der Community bei diesem Thema ihren Lynchphantasien Ausdruck verleihen. Bei einer kurzen Demonstration am 15. August, die die Todesstrafe für einen in Malchow wohnenden Sexualstraftäter forderte, blieben die anwesenden 25 Neonazis dann aber wieder unter sich.

### Nicht einfach wegzuklicken

Unbestritten darf die Bedeutung des Internet gerade für die rechte Subkultur nicht unterschätzt werden. Jüngere Menschen können in Netzwerken ohne große Hürden in die Subkultur „eintreten“. Zwar überwiegt bei den hiesigen Führungsstrukturen meist die Zurückhaltung vor allzu großer Öffentlichkeit, aber auch sie nutzen die Möglichkeiten der Communities in gewissem Maße. Vor Rechtsrockkonzerten oder Aktionen wird auch über das Internet mobilisiert. Die Seite NATIONALE STRASSENKUNST bietet Layoutmaterial für Desktophintergründe oder Profilgestaltung an. Und bei YOU TUBE lädt das aus Mecklenburg stammende Projekt DER NATIONALE GEDANKE wiederholt propagandistisch gestaltete Videobeiträge von Aufmärschen hoch. Aber zum einen gibt es auch im Netz Gegenwehr, bei NB-TOWN beispielsweise mehrere Dutzend Anti-Nazi-Lobbys. Zum anderen handelt es sich um virtuelle Aktivitäten der rechten Szene. Im Real-Life hingegen stellt sich die Situation für Menschen, die zu den erklärten Feindbildern dieser rechten User gehören, häufig schlimmer dar. Ausgrenzung, Bedrohung und Gewalt lässt sich hier nicht so einfach wegzuklicken. ■

Strelitz. Einen ähnlichen Charakter hatte ein Fackelmarsch von 50 Neonazis am 25. August in Gnoien – zuvor wurden Flugblätter verteilt. Auch in Rostock, Güstrow und Boizenburg haben Neonazis Plakate und Aufkleber angebracht, Transparente gezeigt oder massiv Parolen gesprochen.

Schiedsrichter mag Hooligans

Am 30. Mai vereitelte die Polizei in Rostock den Versuch der rechten Szene, ein Konzert der Band KATEGORIE C – HUNGRIGE WÖLFE (KC) mit hunderten angereisten BesucherInnen durchzuführen. Die NPD-Kandidaten Peterreit und Linke erhielten vor Konzertbeginn eine Verbotsverfügung. Die Polizei fuhr Räumpanzer und Wasserwerfer auf, nahm etliche Personen fest und ermittelte unter anderem wegen Körperverletzung und verfassungswidriger Kennzeichen. Trotz des offensichtlich rechten Hintergrunds der Veranstaltung empfand der anwesende Tutower Sven Rau die Band als „unpolitisch“ und die Polizei als „unfreundlich“. Daraufhin organisierte er seinerseits einen Auftritt der Band. Nach rechtlichen Auseinandersetzungen konnte das Konzert am 18. Juli im Demminer Ortsteil Siebeneichen stattfinden. Allerdings fanden sich nur etwa 150 Gäste auf dem abgesperrten Acker ein, darunter erwartungsgemäß auch Neonazis. Weder daran störte sich Sven Rau, noch an dem Fakt, dass KATEGORIE C als Hooligan-Band gilt. Das verwundert um so mehr, weil Rau als Schiedsrichter tätig ist und als Vorsitzender des Sportvereins BLAU-WEISS TUTOW und als Vorstandsmitglied der KREISSPORTJUGEND DEMMIN einen „Beitrag zur Persönlichkeitsbildung junger Menschen und zum Erlernen von Sozialverhalten“ leisten will. Rau plant bereits ein weiteres Konzert mit KC – auch für den verhinderten Rostocker Auftritt ist eine Ersatzveranstaltung angekündigt.

<sup>1</sup> Internetleichen und Zitatefabrik - mehr zu rechten Websites aus M-V im ungekürzten Artikel unter [www.lobbi-mv.de](http://www.lobbi-mv.de)

<sup>2</sup> Sonnenrad im ehemaligen SS-Obergruppenführersaal in der Wewelsburg <sup>3</sup> rechter Liedermacher <sup>4</sup> Fehler im Original

## Studie

Die polnische Organisation NIGDY WIĘCEJ (Nie Wieder) und der Verein OPFERPERSPEKTIVE haben die Studie »Hate Crime Monitoring and Victim Assistance in Poland and Germany« veröffentlicht (ISBN 978-3-00-027936-2). Untersucht wurden Monitoringansätze bei rechtsmotivierten Gewalttaten sowie nicht-staatliche Unterstützungsangebote für Opfer rechter Angriffe in Polen und Deutschland. Die englischsprachige Veröffentlichung ist als Datei einsehbar unter:

[www.lobbi-mv.de](http://www.lobbi-mv.de)

BERATEN  
STÄRKEN  
INFORMIEREN

Die LOBBI berät nach rechten Angriffen Betroffene, Angehörige oder ZeugnInnen. Wir unterstützen u.a. bei rechtlichen, finanziellen und psychischen Fragen. Das Angebot ist aufsuchend, freiwillig, kostenlos und auf Wunsch anonym. Eine Anzeige bei der Polizei ist keine Bedingung. Die LOBBI unterstützt die Selbstorganisation von Betroffenenengruppen und fördert die Wahrnehmung von Opferperspektiven in der Öffentlichkeit.

Sind Sie selbst von rechter Gewalt betroffen? Haben Sie Angriffe beobachtet oder davon gehört? **Ihre Mitteilung kann helfen** den Betroffenen unser Unterstützungsangebot zu unterbreiten. Außerdem können wir so das Ausmaß dieser Attacken dokumentieren.

Sie können unsere Arbeit durch **Ihre Spende** fördern. Spenden sind steuerlich absetzbar. Eine entsprechende Bescheinigung stellen wir Ihnen gerne aus.

## Vorerst kein „Hate Crime“ - Gesetz

Die schärfere Ahndung von so genannter Hasskriminalität ist vorerst gescheitert. Bundestag und Bundesjustizministerium halten die bestehenden Regelungen für ausreichend, sagte Beate Blechinger im August dem Sender RBB. Die brandenburgische Justizministerin und ihre Amtskolleginnen aus Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt hatten die Gesetzesverschärfung angeregt. (Siehe auch PERSPEKTIVEN Nr.1)

## Empfehlung: OPFERFONDS CURA

Um den Opfern rassistischer Gewalt schnell zu helfen, rief Ursula Kinkel, die Ehefrau des früheren Bundesaußenministers Dr. Klaus Kinkel, unmittelbar nach dem Brandanschlag von Mölln 1993 die AKTION CURA ins Leben. Seither unterstützte der Opferfonds über 120 Opfer und mehr als 60 Projekte für Opfer rechtsextremer Gewalt mit insgesamt 480.000 Euro. Vor fünf Jahren übernahm die AMADEU ANTONIO STIFTUNG die Trägerschaft für den Opferfonds. Im Mittelpunkt der Arbeit steht die unmittelbare und nachhaltige Hilfe für die Opfer. Die Spenden fließen direkt in die Unterstützung der Betroffenen – jede Spende in jeder Höhe hilft. Mehr Informationen dazu im Internet unter: [www.opferfonds-cura.de](http://www.opferfonds-cura.de) +++ Spenden sind möglich an:

Opferfonds CURA / Deutsche Bank Bensheim / Konto: 030 331 331 / BLZ: 509 700 04

# LOBBI

Landesweite Opferberatung  
Beistand und Information  
für Betroffene rechter Gewalt  
in Mecklenburg-Vorpommern

## Unsere Regionalbüros:



**LOBBI West**  
Hermannstraße 35  
18055 Rostock  
Mobil: 0170.528 29 97  
Telefon: 0381.200 93 77  
Fax: 0381.200 93 78  
[west@lobbi-mv.de](mailto:west@lobbi-mv.de)

**LOBBI Ost**  
Tilly-Schanzen-Strasse 2  
17033 Neubrandenburg  
Mobil: 0160.844 21 89  
Telefon: 0395.455 07 18  
Fax: 0395.455 07 20  
[ost@lobbi-mv.de](mailto:ost@lobbi-mv.de)

## Unser Spendenkonto:

LOBBI  
Ostseesparkasse Rostock  
Kontonr.: 205040 594  
BLZ: 130 50 000

## LOBBI wird gefördert durch:

**Mecklenburg  
Vorpommern**  
Ministerium für Soziales  
und Gesundheit

